Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

K 034/2005 (DDI)

Kleine Anfrage Adrian Würigler, Solothurn, (SP): Gewalt- und Gefährdungspotenzial extremistischer Gruppen im Kanton Solothurn – Besteht Handlungsbedarf? (02.02.2005)

Der Brandanschlag auf die Asylbewerberunterkunft Kappel wirft für mich folgende Fragen auf:

1. Welche Anstrengungen unternimmt der Regierungsrat um Asylbewerberunterkünfte, sowie die Asylsuchenden und deren Betreuer vor Gewaltübergriffen zu schützen?
2. Wie interpretiert der Regierungsrat in Zeiten ständig sinkender Anzahl Asylsuchender den Brandanschlag auf die Asylbewerberunterkunft Kappel?
3. Wie hat sich in den letzten 10 Jahren die Anzahl von Gewaltübergriffen und Vandalenakten durch Rechtsextreme und durch andere extremistische Gruppen im Kanton Solothurn entwickelt?
4. Wie schätzt der Regierungsrat das Gewalt- und Gefährdungspotenzial rechtsextremer und anderer extremistischer Gruppen im Kanton Solothurn ein?
5. Besteht nach dem Brandanschlag auf die Asylbewerberunterkunft Kappel aus Sicht des Regierungsrats Handlungsbedarf bei der Bekämpfung von Extremismus, Gewalt und Vandalismus?

Begründung (02.02.2005): schriftlich

Beim Brandanschlag auf die Asylbewerberunterkunft Kappel haben unbekannte mutwillig das Leben von 6 Asylsuchenden gefährdet. Glücklicherweise hat ein aufmerksamer Asylbewerber rechtzeitig Alarm geschlagen und so Schlimmeres verhindern können. Dennoch sind ein Asylbewerber und eine Feuerwehrfrau leicht verletzt worden.

Das eher bescheidene Medienecho auf diesen Anschlag zeigt, dass wir Gefahr laufen, die Sache als dreisten «Töfflibuebe-Streich» abzutun. Obwohl die Täter noch nicht gefasst und die Motive dieser Tat noch nicht erhärtet sind, sind ausländerfeindliche oder rechtsextreme Motive naheliegend: Das ist alarmierend!

Der gewalttätige Rassismus in Deutschland z.B., der bei den Brandanschlägen in Mölln, Rostock, Hoyerswerda und Solingen 1992/93 einen grausamen Höhepunkt erreichte, kostete mehreren Menschen ausländischer Herkunft das Leben. Dort wurde das Gewaltpotenzial rechtsextremer Kreise zunächst verharmlost. Viele Mitwisser haben duldsam geschwiegen.

Auch wenn die Situation im Kanton Solothurn heute nicht mit der dramatischen Situation in Deutschland vergleichbar ist, so wirft dieser Anschlag doch Fragen über das Gefahrenpotenzial rechtsextremer und anderer extremistischer Gruppen im Kanton Solothurn auf.

Die Hintergründe dieser Tat, sowie die allgemeine Bedrohung durch extremistische Gruppierungen und ihre Vernetzung im Kanton Solothurn müssen konsequent ausgeleuchtet und bewertet werden. Daher ersuche ich den Regierungsrat die obigen Fragen sorgfältig zu prüfen.

Unterschriften: 1. Adrian Würigler. (1)